

Ein Plädoyer gegen die Delegitimierung der DDR

Interview mit Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff

Herr Dr. Wolff, die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten unseres Vereins sowie der Leser unseres monatlichen Informationsblattes »ISOR aktuell« kennt Sie als engagierten Juristen und aufklärenden Publizisten in der DDR, aber auch als Verteidiger politischer Verantwortungsträger der DDR vor der westdeutschen politischen Strafjustiz.

Mit dem kürzlich bei »edition ost« erschienenem Sachbuch „Einigkeit und Recht - Die DDR und die deutsche Justiz« haben Sie sehr überzeugend und faktenreich Funktion und Aufgabenstellung der westdeutschen Justiz im sogenannten Einigungsprozess analysiert.

Sie haben damit gleichzeitig bei vielen früheren DDR-Bürgern, auch bei Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, das Selbstbewusstsein, für ihren Staat ehrlich gearbeitet und Leistungen erbracht zu haben, erheblich befördert.

Inwieweit ist es Ihrer Meinung nach der westdeutschen Politik und Justiz gelungen, der Forderung des einstigen Justizministers Kinkel auf dem Richtertag im September 1991 in Köln, die DDR zu delegitimieren, sie als Unrechtsstaat und zweite deutsche Diktatur zu denunzieren, zu entsprechen?

Dr. Wolff: Unzweifelhaft ist das misslungen. Die von Generalstaatsanwalt Schaefgen genannten Zahlen und Fakten beweisen es eindeutig. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Öffentlichkeit davon nicht unterrichtet ist. Die Medien haben über die Bilanz der sogenannten Vergangenheitsbewältigung nichts berichtet. Die Bilanz war ihnen zu negativ. In der Öffentlichkeit blieb daher bestehen, was die Medien ständig über Prozesse gegen DDR-Bürger berichteten, was selbst in den Unterhaltungssendungen des Fernsehens verbreitet wurde, ja, was Hubertus Knabe noch heute verbreitet oder verbreiten lässt: In der DDR wurde gefoltert, wurden Zwangsadoptionen und Einweisungen Normaler in die Psychiatrie vorgenommen. Niemand nimmt zur Kenntnis, dass dies alles unwahr ist. Immer noch wird der Stasi-Vorwurf benutzt, um politische Geg-

ner, die frei gewählt worden sind, aus dem parlamentarischen Leben und überhaupt aus der Politik auszuschalten.

ISOR: Der Einigungsprozess, insbesondere die Herstellung der »inneren Einheit« ist bisher gescheitert.

Noch immer werden große Gruppen früherer DDR-Bürger politisch, beruflich und sozial ausgegrenzt, ungleich behandelt und diskriminiert. Sehen Sie in absehbarer Zeit eine Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern?

Dr. Wolff: Diese Möglichkeit besteht nur, wenn mit Festigkeit den Unwahrheiten entgegen getreten wird, wenn deutlich gemacht wird, dass die Verleumdung der DDR und ihrer Bürger benutzt wird, um den Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau zu schwächen, wenn nicht zu brechen. Man sagt DDR und meint Sozialismus und echte Demokratie.

ISOR: Politik, Justiz und Medien veranstalten seit Jahren mehrheitlich einen Feldzug gegen den Staat DDR und seine ehemaligen Mitarbeiter. Sie fordern »Aufarbeitung« und »Vergangenheitsbewältigung« und unterhalten dazu ein Heer von steuerfinanzierten Personen und zahlreichen Institutionen.

Was haben deren Aktivitäten in den vergangenen 15 Jahren tatsächlich erbracht?

Hätten die »alten Bundesländer« angesichts des Einsatzes von Zehntausenden ehemaligen Nazi-Funktionären in Staat, Politik und Justiz der jungen BRD oder der 125.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und antifaschistische Widerstandskämpfer mit tausenden Verurteilungen nicht viel eher Anlass, ihre Geschichte »aufzuarbeiten« und ihre »Vergangenheit zu bewältigen«?

Dr. Wolff: Selbstverständlich hätten aus der Geschichte andere Lehren gezogen werden müssen. Die Verharmlosung, ja Verklärung der preußisch-deutschen Vergangenheit ist entlarvend. Preußische Könige und deutsche Kaiser haben immer Demokraten, Sozialisten und Kommunisten verfolgt. Heute lobt man Friedrich Wilhelm IV., dessen Soldaten die Freiheits- und Einigungsbestrebungen deutscher

Patrioten blutig unterdrückten, heute werden deutsche Kaiser, die das Sozialistengesetz, die Niederschlagung des Boxeraufstands in China und der Pariser Kommune sowie den Krieg von 1870/71, den Völkermord an den Hereros und den ersten Weltkrieg zu verantworten haben, in allen möglichen Formen geehrt. Es gibt eine Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Kaiserbäder, Hindenburgstraßen usw. Der Standardkommentar zum Grundgesetz wurde von dem ehemaligen Nazi und aktiven Neofaschisten Maunz herausgegeben, der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog war sein Schüler. Niemand verliert auch nur ein Wort darüber.

ISOR: Das Bundesverfassungsgericht hat im Juni 2004 zwei bemerkenswerte Entscheidungen getroffen. Am 22. Juni wurde die Verfassungsbeschwerde eines ISOR-Mitglieds gegen § 7 AAÜG (Rentenstrafrecht) zur Entscheidung nicht angenommen, einen Tag später wurde die Entgeltbegrenzung für sogenannte E3-Gehaltsempfänger für verfassungswidrig erklärt und der Bundestag aufgefordert bis zum 30.06.05 eine entsprechende gesetzliche Regelung zu schaffen.

Das ist am 12. Mai 2005 mit den Stimmen der anwesenden Abgeordneten außer den beiden mutigen PDS-Frauen erfolgt mit dem Ergebnis, dass das Rentenstrafrecht nicht nur erhalten blieb, sondern noch erweitert wurde.

Wie erklären Sie sich eine solche Entwicklung, und wie sollte Ihrer Meinung nach darauf reagiert werden?

Dr. Wolff: Die Überlegungen und gar die Motive der Richter des Bundesverfassungsgerichts kann ich natürlich nicht erkennen. Deutlich scheint mir aber zu sein, die Ausgrenzung der ehemaligen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit schaltet einen erheblichen Teil der Sozialisten aus der DDR, der DDR-Elite, aus dem öffentlichen Leben aus. Sie stellt eine politische Verfolgung unter dem Mantel der Reaktion auf ein unbewiesenes menschenrechts- und rechtsstaatswidriges Verhalten einer großen Gruppe von Menschen dar. Der Beweis individueller Schuld wird durch eine unbewiesene Kollektivschuld ersetzt. Damit wird die Linke in Deutschland entscheidend geschwächt. Das halte ich für den Hintergrund dieses Vorgehens.

ISOR: Wann und unter welchen Bedingungen können Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger DDR-Bürger tatsächlich überwunden sein?

Was können wir als Verein und was kann jeder Einzelne dazu tun?

Dr. Wolff: Der Einzelne kann wenig tun. Er muss sich mit anderen zusammenschließen. Die Wahrheit über die DDR und ihre Organe muss verbreitet werden. Es darf kein Zurückweichen vor den nebulösen Verdächtigungen geben, es muss vielmehr gezeigt werden, dass fundamentale Grundrechte durch Ungleichbe-

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand behandelte auf seiner Sitzung am 26. Oktober 2005 das weitere, mit anderen Verbänden abgestimmte, Vorgehen gegen die konkreten Auswirkungen des Ersten Änderungsgesetzes zum AAÜG. Horst Parton informierte über diesbezügliche Gespräche mit den Vorsitzenden des BRH und der Ehemaligen Ost im DBwV sowie mit Partnern der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA). ISOR wird Aktivitäten, die der Verhinderung der Durchsetzung der Festlegungen des 1. AAÜG ÄndG dienen, wirksam, auch finanziell, unterstützen. Es muss verhindert werden, dass neue Kategorien von Strafrentnern entstehen und die Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2004 gegenüber den E 3-Betroffenen unterlaufen werden. Dazu dienen weitgehend abgestimmte Aktivitäten, vor allem Musterverfahren und Verfassungsbeschwerden. ISOR sieht in der ersatzlosen Streichung des § 6 AAÜG eine entscheidende Voraussetzung für die Beseitigung des noch verbliebenen Rentenstrafrechts insgesamt.

Zur Vorbereitung der Vertreterversammlung am 12. November 2005 in Berlin beriet der Vorstand erste Entwürfe für Referat und Entscheidung. Es wird darauf ankommen, die aus Sparsamkeitsgründen auf einen Tag verkürzte Zeit effektiv und diszipliniert zu nutzen.

Außerdem wurde darüber informiert, dass die »Birthler«-Behörde unter Bezugnahme auf das ohnehin fragwürdige »Stasi-Unterlagen-Gesetz« die Herausgabe von Daten, die beim Bundesverwaltungsamt vorliegen und von ISOR für die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS dringend benötigt werden, verweigert hat.

Der Vorstand hat umgehend gegen dieses offenbar abgekartete Spiel Widerspruch eingelegt, bis jetzt allerdings ohne Wirkungen. Er fordert die ISOR-Mitglieder auf, diesen Widerspruch mit Protestbriefen an die Birthler-Behörde nachhaltig zu unterstützen, wozu bestehende Textempfehlung gegeben wird.

Absender

Datum

Die Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR,
Frau Marianne Birthler

Otto-Braun-Str. 70–72
10178 Berlin

*Sehr geehrte Frau Birthler,
mit diesem Schreiben wende ich mich
gegen Ihre Weigerung, aus den
Unterlagen des MfS/AfNS vom Bundes-
verwaltungsamt ermittelte Daten heraus-
zugeben, wie Sie in dem ablehnenden
Bescheid vom 23. September 2005 an
ISOR e.V. verfügen. Ich bin Mitglied der
ISOR e.V. und persönlich von dieser
Ablehnung betroffen.*

*Das Bundesverfassungsgericht hat in
seiner Entscheidung vom 22. Juni 2004
zur Verfassungsmäßigkeit von § 7 AAÜG
eine erneute Überprüfung in Aussicht
gestellt, wenn neue rechtserhebliche Tat-
sachen über die Einkommensverhältnisse
des MfS/AfNS vorgelegt werden.*

*Diese rechtliche Möglichkeit kann nur
dann wahrgenommen werden, wenn Sie
die in Ihrer Behörde vorhandenen Daten
meinem Verein, ISOR e.V., dazu zugäng-
lich machen. Nach meinem Rechtsver-
ständnis verstößt diese Weigerung Ihrer
Behörde gegen allgemein rechtsstaat-
liche Prinzipien und gegen meine
Persönlichkeitsrechte.*

*Ich bitte Sie, dieses Schreiben als
Beschwerde im Sinne des Artikels 17
Grundgesetz zu behandeln und erwarte
Ihre Antwort.*

Mit freundlichen Grüßen

Zum Herbsttreffen der »Grenzer«

Am 29. Oktober 2005 trafen sich nahezu 300 ehemalige »Grenzer« und Gäste zum traditionellen Herbsttreffen. Zum Thema »15 Jahre danach – (Wieder) Vereinigung – Beitritt – Anschluss oder feindliche Übernahme?« und zur Bewertung der Ergebnisse der Wahl zum Deutschen Bundestag sprach einleitend der Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV), Prof. Dr. Siegfried Prokop. Seine Bilanz im Hinblick auf die Ostdeutschen war nachhaltig negativ, seine Ausblicke waren wenig optimistisch. Er appellierte an die mehrfach schon bewiesene Solidarität der Verbände, sich den erkennbaren Plänen für spürbare Einschnitte in den sozialen Leistungen energisch zu widersetzen.

Der 83-jährige ehemalige DDR-Verteidigungsminister, Armeegeneral a.D. Heinz Keßler, und der ehemalige Chef des Hauptstabes der NVA, Generaloberst a.D. Fritz Streletz, beide von der westdeutschen politischen Strafjustiz zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, sprachen zu grundsätzlichen Fragen und erzielten dabei auch starke emotionale Wirkungen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Würdigung der Disziplin der Angehörigen der Grenztruppen in der komplizierten Zeit der Grenzöffnung 1989 und die Versuche westdeutscher Politiker, Juristen und politischer Provokateure, den verantwortungsvollen Grenzdienst zu missbrauchen, um die DDR als »Unrechtsstaat« und die Grenztruppen der DDR als schießwütige Mörder zu denunzieren.

Herbert Becker, Vorsitzender der Kameradschaft Ehemalige im DBwV Ost, bemängelte erkennbare Absichten, auch in der Bundeswehr soziale Leistungen abzubauen. Er kritisierte offensichtliche Defizite in der Gleichstellung der Soldaten Ost-West und informierte, dass zur 17. Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes im November 2005 zahlreiche Anträge in dieser Richtung vorliegen.

Die gesamte Veranstaltung strahlte Zusammengehörigkeit in Wort und Tat sowie tiefe Solidarität aus.

Grußschreiben an und Geldsammlung für inhaftierte Kundschafter, Unterstützung der Initiativen zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in den 50er Jahren in Westdeutschland und das starke Interesse der Teilnehmer an der angebotenen politischen Literatur waren dafür deutliche Indikatoren.

Es war unverkennbar, dass ISOR e.V. in den Mitgliedern der AG Grenze der GRH gute Freunde und Mitstreiter im Kampf um Rentengerechtigkeit und Gleichbehandlung Ostdeutscher hat.

Wolfgang Stuchly

➤ Fortsetzung von Seite 1

Ein Plädoyer gegen die Delegitimierung der DDR

handlung, Diskriminierung und Verleumdung verletzt werden und Deutschland in eine Richtung gelenkt wird, die in Jahrhunderten nur Unglück über seine Bürger gebracht hat.

ISOR: Vielen Dank, Herr Dr. Friedrich Wolff, für die aufschlussreichen und orientierenden Antworten auf unsere Fragen.

*(Die Fragen stellte Dr. Wolfgang Stuchly,
ISOR Pressesprecher)*

Friedrich Wolff

**»Einigkeit und Recht –
Die DDR und die deutsche
Justiz«**

edition ost 2005, 224 S., 14,90 Eur
ISBN 3-360-01062-0



Gemeinschaftsveranstaltung der im Harzkuratorium für soziale Gerechtigkeit wirkenden Vereine

Am Samstag, dem 8. Oktober hatten wir als Harzkuratorium, in welchem ISOR, DBwV, GRH, GBM und BRH der Kreise **Quedlinburg, Wernigerode** und **Halberstadt** seit einigen Jahren den Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und Sozialabbau zur Erhöhung der Wirksamkeit strategisch koordinieren, zu einer Informationsveranstaltung nach Quedlinburg geladen. Mit den Freunden der ISOR des Kreises Aschersleben waren der Einladung über 200 Freunde und Kameraden gefolgt.

Als Gastredner traten der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz und der ISOR-Vorsitzende Horst Parton auf.

Anlass unserer Bemühungen für eine solche Veranstaltung war die Feststellung von nachlassendem Gesamtinteresse, politischer Kampfmüdigkeit und aufkommende Zweifel am Erfolg unserer weiteren Aktivitäten für soziale Gerechtigkeit, insbesondere der Beseitigung des Rentenstrafrechts für ehemalige MfS-Angehörige bei einigen Mitgliedern.

Andererseits hatten wir durch umfangreiche Bemühungen eine Reihe von potentiellen Mitgliedern zur Teilnahme bewegen können, um sie erstmals authentisch mit den früher oder später auch auf sie selbst zukommenden Problemen der sozialen Benachteiligung zu konfrontieren und zum Nachdenken über eine eventuelle Mitgliedschaft zu veranlassen.

Nicht zuletzt war es beabsichtigt, Aufmerksamkeit für die im Harzkuratorium wirkenden Vereine zu erzielen.

Eines unserer wesentlichsten Ansinnen bestand jedoch darin, vom ehemals ersten Mann der DDR nach nunmehr 16 Jahren endlich einmal verbindliche Antworten auf die Fragen zu erhalten, die sich immer wieder um das »Warum?« bzw. »Wer trug die Verantwortung?« rankten und bisher darüber nur spekuliert werden konnte bzw. auf die verleumderischen Veröffentlichungen in den Medien zunächst zurückgegriffen wurde.

Gleichzeitig beabsichtigten wir, mit der Biographie von Egon Krenz nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Mitgliedern und den bis jetzt noch abseits Stehenden Mut und Hoffnung zu machen, selbst unter den kaum noch zu überbietenden Diskriminierungen erfolgreich für eine Sache einzutreten, d.h. in unserem Fall speziell für die Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Horst Parton hat in seiner ihm eigenen souveränen und für alle verständlichen Art und Weise die bisherigen Erfolge, den gegenwärtigen Stand aber auch die noch zu überwindenden Hürden im Kampf um endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts deutlich gemacht. Er hat dabei insbesondere auf die z.Z. existierenden politischen Barrieren hingewiesen, die komplizierte juristische Seite erläutert und auch nicht verschwiegen, dass es noch ein langer und kostenaufwendiger Weg bis zum Ziel sein wird. Er hat auch nicht ausgeklammert, wie kontraproduktiv es ist, wenn vorwiegend ehemalige MfS-Angehörige resignieren bzw. ihren Austritt erklären.

Wesentlich waren jedoch für alle seine Fakten und Beweise, dass es sich trotz aller Probleme und Schwierigkeiten lohnt, unter der Flagge der Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf nicht nachzulassen. Unter anderem verwies er dabei insbesondere auf die jetzt im Bundestag in Fraktionsstärke vertretende Linkspartei.PDS und auf den Erfolg unserer Protestaktion hinsichtlich der nunmehr erzwungenen Akteneinsicht bei der »Birthler«-Behörde.

Nachdem Egon Krenz als Betroffener des Rentenstrafrechts und GRH-Mitglied bezugnehmend auf die Ausführungen von Horst Parton sprach, ging er auf die Ereignisse in der damaligen Parteizentrale in Berlin ein. Zu diesen zurückliegenden Ereignissen, Prozessen, Personen, Entscheidungen, eigenem Verhalten und Fehlern beantwortete er Fragen. Auch zu seiner Person selbst und zu jetzigen politischen Entwicklungen bis hin zu seiner Haltung zur Linkspartei.PDS stand er Rede und Antwort. Er ist keiner Frage ausgewichen und hat ehrlich und selbstkritisch Stellung genommen.

Seine Haltung ist nach wie vor geprägt von hoher Verantwortung, deshalb hat er auch kein Verständnis für solche ehemaligen Weggefährten, die sich ahnungslos stellen oder für Geld und andere sogenannte Anerkennungen ihre Gesinnung aufgegeben haben. Egon Krenz hat überzeugend demonstriert, dass er trotz Haft und vielerlei Repressalien seiner kommunistischen Grundeinstellung treu geblieben ist, keinerlei Verbitterung zeigt und den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe nach wie vor solidarisch verbunden ist. Dafür tritt er aktiv ein und hat allen nochmals für ihr besonnenes Verhalten im Herbst 89 besonders gedankt. Mit seinen Ausführungen hat er uns anschaulich vorgeführt, dass es sich lohnt, trotz übelster Verleumdungen und Diskreditierungen mutig und aufrecht zu gehen, klug und konsequent zu handeln und bei zwischenzeitlichen Misserfolgen nicht gleich zu resignieren.

Heinz Tischner

An der Mitgliederversammlung der TIG Gera zur Wahl des neuen Vorstands der TIG und der Delegierten zur Vertreterversammlung der ISOR nahmen als Gäste der Vorsitzende des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Thüringen Dieter Hausold und die Vorsitzenden der Gruppen der Stadt Gera des BRH Siegfried Schneider und der GBM Horst Dietrich teil.

Der TIG-Vorsitzende Walter Hande konnte in seinem Rechenschaftsbericht eine positive Bilanz der Arbeit der TIG ziehen. Der Mitgliederbestand konnte durch Neuwerbungen konstant gehalten werden, Abgänge aufgrund von Todesfällen und Austritten wurden ausgeglichen. 50 Prozent der Mitglieder des Vorstands konnten durch jüngere Freunde ersetzt werden. Ca. 300 Petitionen mit der Aufforderung, das noch bestehende Rentenstrafrecht für ehemalige Angehörige des MfS/AFNS zu beseitigen, wurden an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Abgeordnete aller Parteien und Ebenen übersandt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder wurde durch vielfältige Veranstaltungen gestärkt.

Willi Nießen



Der Vorstand der TIG **Berlin-Köpenick** lud, wie schon im Jahre 2004, Mitglieder der Basisgruppen unserer TIG sowie Sympathisanten von ISOR zu einer 4-tägigen Kurzreise in die Tschechische Republik ein. Ziel war Stare Plavý am Machasee, einem der schönsten Seen im waldreichen Nordböhmen. In bewährter Abstimmung mit dem Reiseveranstalter wurde ein vielseitiges Programm angeboten. Auch diese Reise diente dazu, den Zusammenhalt und die Solidarität unserer Mitglieder im Kampf um Rentengerechtigkeit weiter zu stärken.

Dieter Uhlemann



In **Erfurt** befassten sich Vorstand und Kassierer der TIG aus aktuellem Anlass mit der Rolle der Bundesbehörde unter Gauck und Birthler in den 15 Jahren seit dem Anschluss der DDR an die BRD: Zurückhaltung bei der Herausgabe der Daten über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der ehemaligen Mitarbeiter des MfS, Äußerungen über angebliche Stasi-Zuträger unter den neuen Bundestagsabgeordneten, permanente Diffamierung der DDR und Verleumdung des MfS.

Wäre es nicht die Aufgabe dieser Behörde gewesen, nicht zuletzt bei der Beratung und Beschlussfassung der Änderung des AAÜG, Regierung und Bundestag über die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Ermittlung und Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen während der Nazizeit zu informieren?

Mit der Erweiterung des unter Rentenstraftbestimmungen fallenden Personenkreises wurden auch Staatsanwälte und Richter erfasst, die Ermittlungen gegen SS-Offiziere und Schar-

➤ Fortsetzung von Seite 3

fürher, gegen KZ-Aufseher und Angehörige von Mordkommandos in besetzten Gebieten Polens oder der Sowjetunion leiteten, kontrollierten und gerichtlich abschlossen.

Dies unterstreicht nach unserer Ansicht ein weiteres Mal die Notwendigkeit, mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit so umzugehen, wie es Egon Bahr, Günter Grass, Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter u. a. in ihrer Erklärung 2005 forderten. (Siehe www.isor-sozialverein.de/Bei_anderen_gelesen) **Ralf Poller**



TIG Leipzig für neue Aufgaben bereit!

Nach erfolgreichem Abschluss der Wahlen in den 7 Untergruppen, die seit nunmehr 10 Jahren bestehen, berieten 125 gewählte Vertreter mit ihren Gästen, dem stellv. ISOR-Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff, Vertretern befreundeter Vereine, Vorsitzenden der TIG des Regierungsbezirks und der TIG Altenburg sowie interessierten Mitgliedern aus den Untergruppen, auf ihrer Vertreterversammlung am 1. Oktober 2005 über den erreichten Stand und die weiteren Aufgaben im Kampf gegen Rentenstraftat und für soziale Gerechtigkeit.

Aufmerksam und interessiert verfolgten sie den Bericht des Vorsitzenden und Beiratsmitglieds Wolfgang Henter und die Ausführungen von Prof. Dr. Bischoff. Die kritische Wertung des 15. Jahrestages des Anschlusses der DDR an die BRD, das neue E 3-Gesetz und die Anforderungen daraus, die gesamte Breite und Vielfalt des Vereinslebens, die solidarische Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen waren Themen, zu denen im Bericht Stellung bezogen und seitens Prof. Bischoff überzeugend argumentiert und wertvolle Anregungen vermittelt wurden. Beispiel für die in der TIG erreichten Ergebnisse, auf denen aufgebaut werden kann, sind u.a. 1836,40 Euro zusätzliche Spenden für den Bundestagswahlkampf der Linkspartei.PDS, ca. 34 % Anteil ehemaliger MfS-Mitarbeiter der BV am Mitgliederbestand und die 14-jährige Führung der Finanzgeschäfte ohne Beanstandungen.

Die Diskussionsbeiträge ergänzten die gute Bilanz, widerspiegeln die Erfahrungen aus dem Leben der Untergruppen, die Vielfalt der Aktivitäten unter Nutzung der unterschiedlichsten Möglichkeiten und unterstrichen die Bereitschaft unserer Mitglieder zur Fortsetzung des Kampfes. So berichtete z.B. Helmut Müller, Vors. UG Nord mit 60 % ehemaligen NVA-Angehörigen, wie vor allem durch persönliches Engagement der Mitgliederbestand erweitert werden konnte und der Prozess beim Schreiben von Petitionen straff geführt und kontrolliert wurde. Interessant auch die Erfahrungen von Albert Gräbner, Betreuer UG Mitte, die er

bei Unterschriftenaktionen für Rentengerechtigkeit auf betrieblichen Veranstaltungen und bei Vereinen außerhalb von ISOR gesammelt hat. Die anwesende Vertreterin des BRH, Frau Guhr, bot ihre Unterstützung bei Fragen zur Rentenbesteuerung an.

Einstimmig wurde von der Versammlung ein Beschluss als künftige Arbeitsgrundlage verabschiedet, in dem als Schwerpunkte genannt sind:

1. Die Arbeit der TIG als Organisationsstruktur von ISOR e.V. so auszurichten, dass die ständige Zusammenarbeit und Information mit dem Vorstand in Berlin, seinen AG, den Landesbeauftragten und Rechtsanwälten gesichert und weiter ausgebaut wird. Vorstand der TIG und

seine AG müssen weiter als Informationsschaltstellen zu den UG und Mitgliedern wirken.

2. Entscheidend bleiben:

- der weitere juristische und politische Kampf um die Überwindung der Entgeltbegrenzungen,
- der entschiedene Widerstand gegen weitere Beschneidung der sozialen und politischen Rechte aller Bürger,
- die weitere Unterstützung und Solidarität mit der linken Bewegung, die Stabilisierung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des Territoriums.

Die 15 Mitglieder des Vorstandes wurden einstimmig gewählt, Wolfgang Henter als Vorsitzender bestätigt. **Siegfried Lorenz**

Bei anderen gelesen:

Senioren fordern von großer Koalition: Stellt wieder Vertrauen in die Rente her!

Die Rente muss auch in Zukunft die eigene Beitragsleistung aus dem Arbeitsleben widerspiegeln und auch unter den Belastungen des demografischen Wandels und den Veränderungen in der Arbeitswelt deutlich mehr als eine Armut vermeidende Grundsicherung bleiben. Zu diesem einstimmigen Ergebnis kam die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) mit ihren 87 Mitgliedsverbänden in einer Fachtagung zur langfristigen Reform der Rentenversicherung.

In den Leitlinien zur langfristigen Reform der Rentenversicherung, die den Verhandlungsführern von Union und SPD übermittelt wurden, fordert die BAGSO:

- ▼ Eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters kommt erst dann in Betracht, wenn die Arbeitschancen der Älteren deutlich verbessert, bestehende Anreize zur Frühverrentung beseitigt und solche zur Beschäftigung älterer Menschen geschaffen worden sind.
- ▼ Die Dauer der Anrechnungszeit für Familienleistungen (Kindererziehung und Pflege) in der gesetzlichen Rentenversicherung muss entsprechend dem tatsächlichen Aufwand erhöht werden, um die Rentenbiografie von Frauen zu verbessern und drohende Altersarmut zu vermeiden. Dies ist mit Steuermitteln zu finanzieren.
- ▼ Große Bedeutung kommt dem weiteren Ausbau der betrieblichen Alterssicherung zu. Bei den privaten Zusatzversicherungen ist ein transparentes und unbürokratisches Angebot ebenso notwendig wie eine funktionierende Verbraucherberatung.

Um das Vertrauen in die Rentenversicherung zu bewahren, ist zu gewährleisten, dass durch Beitragsleistungen erworbene Ansprüche nicht

durch spätere Gesetzesänderungen gemindert werden. (Die Leitlinien zur langfristigen Reform der Rentenversicherung siehe www.bagso.de unter Publikationen.)

Pressemitteilung Nr. 11/05 der BAGSO



Ja zu Solidarität und Nein zum Sozialabbau

Mit einem deutlichen Bekenntnis zur Solidarität als Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt feierte der ostdeutsche Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität in Dresden das 60. Jubiläum seiner Gründung. Insgesamt mehr als 7.000 Gäste aus allen ostdeutschen Bundesländern erlebten ein Festprogramm mit zahlreichen kulturellen Attraktionen und prominenten Gastrednern.

Verbandspräsident Winkler übte in seiner Festrede deutliche Kritik am bisherigen Sozialabbau als »gemeinsamen Nenner gegenwärtiger Politik«, die sich u.a. durch Rentenkürzungen und zunehmende Kinderarmut zeige. Er rief die anderen sozialen Verbände und Organisationen sowie die Gewerkschaften auf, gegen die »große Koalition der sozialen Demontage« eine »große Koalition der Betroffenen« zu bilden. »Wir brauchen eine Solidarität des Volkes, die nicht nur die unteren und mittleren Schichten erfasst, sondern auch alle, die vom Reichtum dieses Landes leben«, erklärte der Verbandspräsident.

Das unterstützte auch die Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Stolterfoht. »Die Volkssolidarität leistet Unschätzbares und Unbezahlbares für unser Gemeinwesen«, sagte sie vor tausenden Zuhörern. Die Idee der Solidarität sei die »einzige Idee mit Zukunft«. Von der Politik forderte Stolterfoht eine Reform der sozialen Systeme, »bei der die Schwachen nicht auf der Strecke bleiben«. Sie forderte ebenfalls zum gemeinsamen Widerstand gegen den Sozialabbau auf.

Aus einer Presseinformation der Volkssolidarität

Sachfehler zeugen von mangelnder Kenntnis

Wenn sich Leute wie Leander Haußmann über die Nationale Volksarmee lustig machen, könnte man eigentlich milde lächelnd zur Tagesordnung übergehen. Zahlreiche Sachfehler zeugen von mangelnder Kenntnis der Materie, und manch obszöner Kraftausdruck der handelnden Personen reflektiert eher die spätpubertäre Phantasie des Schreibers als die Wirklichkeit. Überall in der Welt ist eine Kaserne kein Nonnenkloster, und die Soldaten sind oft wahrlich alles andere als ein Knabenchor. Nein, »DDR-Recyclingspezialist« Haußmann, wie ihn Michaela Christen treffend nannte, prügelt die NVA, um die DDR zu treffen. Und natürlich weiß er genau: Auf dem Hintergrund des 50. Jahrestages der Gründung der Bundeswehr kann mit satten Honoraren rechnen, wer die andere deutsche Nachkriegsarmee gehörig in die Pfanne haut.

Peter Sodann, einem wirklichen Künstler, stimme ich zu, wenn er kürzlich sagte, er wünsche sich die DDR nicht zurück, aber er lasse sie sich auch nicht nehmen. Wenn Haußmann

zum Beispiel flapsig daherredet, die NVA sei »die schlechteste Armee der Welt« gewesen, so ist dies kein Spaß mehr, sondern dümmliche Anmaßung und böswillige Verleumdung.

Alfred Leonhardt, Korvettenkapitän d.R. (Volksmarine) Güstrow

Aus: Forum der Leser der »Schweriner Volkszeitung« vom 22./23. Oktober 2005 zum Roman und Film »NVA«

Aus der Postmappe:

Wachsende Solidarität gegen Geschichtsklitterung!

Es wurde höchste Zeit, den jahrelangen Lügen und Verleumdungen, einer zügellosen Hetze entgegen zu treten, die Tag für Tag den Besuchern der sogenannten »Gedenkstätte Hohenschönhausen« über die Haftbedingungen, über das »Leiden« der Beschuldigten in der ehemaligen U-Haftanstalt des MfS durch Hassprediger eingetrichtert werden.

Täglich werden vor allem junge Menschen aus allen Bundesländern mit Bussen vor diese Einrichtung gekarrt, und es beginnt die Traktur

in jenen Räumen, die Prof. Horst Schneider völlig zu Recht »Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)« nennt.

Dieses Taschenbuch erschien im Spotless-Verlag vor wenigen Wochen, und für die Mitglieder der GRH, Territoriale Arbeitsgruppe Berlin-Hohenschönhausen, war es sofort Anlass, u.a. eine Buchvorstellung zu organisieren. Dies geschah nunmehr am 18. Oktober 2005. Ca. 250 Bürger waren erschienen, um zu hören, was der Autor, Prof. Horst Schneider, und der Verlagsleiter Klaus Huhn über die Ergebnisse von intensiven Recherchen zu sagen hatten.

Es war eine Fülle von ergänzenden Beweisen zum Inhalt des Taschenbuches, die sie uns in sachlicher, einprägsamer Form darlegten, ein treffender Geschichtsunterricht, erweitert durch den Mitautor des Buches »Verheizt und vergessen«, Herbert Kirchstein, dem Leiter der ehemaligen U-Haftanstalt des MfS, Siegfried Rataizik, und dem Leiter der AG Sicherheit beim Vorstand der GRH, Reinhard Grimmer.

Überrascht waren wir, dass nach drei Stunden schon das Ende nahte; man harrete aus,

➤ Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 94. Geburtstag:

Hans Kohoutek, Bln.-Hhsn.

zum 92. Geburtstag:

Hildegard Kaufmann, Chemnitz

Günter Vehres, Bln.-Weißensee

zum 91. Geburtstag:

Herta Ellrich, Bln.-Hhsn.

Gerda Vincenz, Bln.-Treptow

zum 88. Geburtstag:

Elfriede Guhlmann, Rostock

Willy Lorenz, Syrau

Lotte Märtens, Magdeburg

Herbert Rost, Bln.-Marzahn

Walter Voigt, Plauen/Mainhardt

zum 87. Geburtstag:

Herbert Bonßdorf, Plauen

Hubertus Gast, Bln.-Marzahn

Helmut Janetz, Jena/Kahla

Günter Simon, Bln.-Hhsn.

zum 86. Geburtstag:

Dorothea Baruth, Bln.-Prenzl.Bg.

Gertraud Brandenburg, Bln.-Marzahn

Nora Eibig, Dresden

Hans Otto, Annaberg-Buchholz

Hans Rittig, Luckenwalde

Elsa Schwanenberger, Leipzig

zum 85. Geburtstag:

Ernst Behrens, Magdeburg

Dorothea Bürgel, Leipzig

Hans Heinrich, Halle

Erich Krause, Bln.-Treptow

Kurt Leppert, Bln.-Hhsn.

Elisabeth Möbus, Bln.-Fr'felde

Heinz Schulz, Bln.-Treptow

Helmut Wappler, Chemnitz

zum 80. Geburtstag:

Marga Beyer, Chemnitz

Erich Couve, Eisenhüttenstadt

Werner Döhler, Leipzig

Lucie Drost, Quedlinburg

Rudolf Freitag, Bln.-Treptow

Helmut Grude, Bln.-Fr'felde

Lore-Lotte Hensler, Bln.-Weißensee

Elisabeth Keil, Plauen

Käte Kempfer, Bln.-Weißensee

Johannes Kiessling, Chemnitz

Kurt Köppe, Leipzig

Magdalena Liebmann, Leipzig

Edgar Metzner, Jena

Inge Mohr, Bln.-Mitte

Ilse Müller, Aschersleben/Staßfurt

Erwin Pfeifer, Magdeburg

Erwin Pöpel, Merseburg

Helmut Rädler, Bln.-Mitte

Gerhard Rehse, Neubrandenburg

Sonja Sauer, Magdeburg

Heinz Schubert, Chemnitz

Lothar Schütz, Suhl

Werner Schulz, Jessen/Elster

Eva Sohn, Bergen

Helga Tschakert, Bln.-Fr'felde

Wolfgang Wehnert, Bln.-Fr'hain

zum 75. Geburtstag:

Werner Berger, Radebeul

Ernst Beuth, Bln.-Fr'felde

Martin Bieberbach, Hildburgh.

Heini Blechschmidt, Chemnitz

Helga Bochum, Strausberg

Willy Bohnenstedt, Neubrandenb.

Erika Braun, Bln.-Treptow

Erich Buchheiser, Delitzsch

Siegfried Dittrich, Bln.-Treptow

Joachim Drabner, Pdm.-Zentrum

Klaus Drews, Bln.-Treptow

Helga Felgenträger, Pdm.-Babelsbg.

Gerhard Fischer, Kleinmachnow

Dieter Flach, Halle-Neustadt

Rudi Franz, Neubrandenburg

Werner Friedrich, Bln.-Fr'felde

Klaus Gärtner, Bln.-Köpenick

Heinz Giebner, Bln.-Hhsn.

Gerhard Grätz, Bln.-Treptow

Gottfried Graff, Ebersbach

Klaus Heimbach, Rostock

Gertraude Hengst, Chemnitz

Horst Herdler, Bln.-Prenzl. Berg

Helfried Hesse, Pirna

Horst Höppner, Schwerin

Gertraud Keil, Bln.-Treptow

Ilse Kilian, Chemnitz

Detlef Klamka, Bln.-Köpenick

Selmar Klauer, Pankow

Alfred Kleine, Bln.-Hhsn.

Elsa Knabe, Bln.-Marzahn

Reinhold Kraak, Bützow

Brigitte Kunze, Leipzig

Gottfried Lachnit, Bln.-Hellersdorf

Anneliese Ladwig, Schwerin

Rudi Lanatowitz, Halle

Christa Lange-Wötzfel, Hermsdorf

Manfred Liebscher, Lindenberg

Arndt Mahnert, Bln.-Li'berg

Hans Meißner, Lübben

Gerhard Mennicke, Halle

Horst Menzel, Schöna

Hildegard Möhl, Pdm.-Babelsberg

Oskar Mostezy, Leipzig

Edith Mühle, Bergfelde

Hubert Müller, Schwerin

Klaus Naake, Bln.-Weißensee

Fritz Noa, Hildburghausen

Arno Paul, Bln.-Marzahn

Heinz Pallent, Olbernhau

Ruth Pommerening, Baabe

Dr. Helmut Prescher, Bln.-Marzahn

Friedrich Pursche, Rostock

Günther Radicke, Bln.-Treptow

Hans Albert Räthel, Weißenfels

Erika Rataizik, Bln.-Hhsn.

Gerhard Rose, Chemnitz

Erika Rossow, Bln.-Pankow

Bernhard Schenk, Bln.-Treptow

Dorothea Schenk, Bln.-Treptow

Karl-Otto Schmidt, Bln.-Köpenick

Manfred Schmidt, Glauchau-Rothemb.

Hans Schneider, Erfurt

Manfred Schönebeck, Bln.-Mitte

Werner Schreppel, Schöneiche

Heinz Schröck, Bln.-Li'berg

Harry Schütt, Bln.-Hhsn.

Rudi Senkpiel, Güstrow

Lieselotte, Simon, Pdm.-Babelsbg.

Manfred Spitzner, Chemnitz

Inge Stein, Havelberg

Manfred Süß, Bln.-Li'berg

Ferdinand Theuerl, Pdm./Schlaatz

Heinz Thurow, Strausberg

Johannes Trappe, Lübben

Kurt Walter, Bad Saarow

Siegfried Weist, Belzig

Gerhard Wolf, Quedlinburg

Paul Zepezauer, Bln.-Fr'hain

Ingrid Ziehman, Bln.-Fr'hain

➤ Fortsetzung von Seite 5

denn jeder Redner, auch aus den Besucherreihen förderte den toleranten Inhalt und kulturvollen Umgang. Ein Dialog mit Herrn Zahn, einer der Personen, die Führungen durch die »Gedenkstätte« vornehmen, der uns Berlinern schon durch zurückliegende Foren bekannt ist, wurde erfreulich sachlich geführt. Ratschlägen, so u.a. vom Leiter des AfNS der DDR, Wolfgang Schwanitz, widersprach er nicht. Es war ein sehr gelungener Abend, den wir mit einem herzlichen Dank an Autor und Verlagsleiter beendeten, zwei Menschen im hohen Alter unaufhörlich tätig gegen die Verbreitung von antikom-

munistischen Hass, gegen die Fortsetzung des Kalten Krieges.

Es war auch ein Dank für die umfangreich erwiesene Solidarität mit den ehemaligen Mitarbeitern des MfS, die man durch Initiatoren und aktive Verfechter des Zeitgeistes seit nunmehr 15 Jahren durch Rentenstrafrecht, Geschichtsfälschungen und ständige Drohungen versucht, an den Pranger zu stellen.

Doch so, wie am 18.10. 05 werden wir uns auch künftig wehren, und wir wissen recht gut, in welchen Kollektiven wir immer Hilfe und Unterstützung finden.

Joachim Hauck,
Mitglied des Vorstands der GRH

Auf dem Büchermarkt:

Nie vergessen – Solidarität üben!

Unter diesem Titel wird der Kai Homilius Verlag in Kürze das von Achim Reichardt, von 1982 bis 1990 Generalsekretär des Solidaritätskomitees und von 1990 bis 1992 Geschäftsführer von Solidaritätsdienst international (SODI), verfasste Buch über die Entwicklung der Solidaritätsbewegung in der DDR herausgeben. Der Solidaritätsgedanke ist auch heute lebendig, sich zu erinnern wie es funktionierte, welche Leistungen erzielt werden konnten, welche Schwierigkeiten es gab und dies mit dem gegenwärtigen Zustand zu vergleichen, was aus dieser Bewegung im vereinten Deutschland geworden ist, bewog den Autor, das Thema aufzugreifen.

Im Buch wird die Zeit nach dem II. Weltkrieg bis zum Ende der DDR herausgearbeitet und die auf das Solidaritätskomitee zukommenden Probleme behandelt. Die Maßnahmen der Treuhandanstalt, die im August 1991 die Geldspenden der Bürger der DDR beschlagnahmte, wurden in einem besonderen Abschnitt ausführlich behandelt, denn erstmalig in Deutschland vergriff sich eine staatliche Einrichtung an Geldspenden. Bei diesen Auseinandersetzungen

wurden u.a. die Spenden der Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung in Frage gestellt. Im Zuge der von August 1991 bis März 1992 geführten Verhandlungen konnte der Rechtsnachfolger des Solidaritätskomitees, der Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI), den sachgemäßen Einsatz der Mittel für die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nachweisen. Das Ergebnis wurde in Form eines gerichtlichen Vergleiches festgeschrieben.

Mit der Herausgabe des Buches zur Solidaritätsarbeit in der DDR wird die Hoffnung verbunden, dass die positiven Aspekte dieser Bewegung nicht in Vergessenheit geraten und in dieser oder jener Form in einer gesamtdeutschen Solidaritätsbewegung zur Überwindung der Rückständigkeit und Armut in den Ländern der Dritten Welt Eingang finden. Erfreulich wäre es, wenn viele Menschen gegebene Möglichkeiten nutzen, über ihre Solidaritätserlebnisse zu berichten.

Der Verlag gibt das Buch zu einem Subskriptionspreis von 12 Euro (sonst 18 Euro) an die Käufer ab, wenn bis zum 30. November 2005 die Bestellung direkt beim Verlag erfolgt.

Kai Homilius Verlag,
Christburger Str. 4, 10405 Berlin;
Tel.: (030) 283 88 510
E-Mail: home@kai-homilius-verlag.de

Nachruf

Das Gründungsmitglied und Mitglied des ersten Vorstands der ISOR e.V., unsere Freundin

Beate Schenk

ist verstorben.

Wir ehren ihr Andenken, indem wir unbeirrt unseren Kampf gegen Rentenstrafrecht und Ausgrenzung fortsetzen. **Der Vorstand**



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



PAUL BÖHM, Wandlitz
ELFRIEDE BÖHME, Bln.-Mitte
WALTER BRANDNER, Gera
ALFRED BREUER, Meißen
EDMUND EISMANN, Gera
MANFRED FISTER, Bln.-Lichtenberg
HORST FLEISCHER, Gera
ALFRED GARBRECHT, Pdm.-Waldstadt
GÜNTHER GEISENDORF, Bln.-Köpenick
KLAUS-PETER HERZOG, Erfurt
GERHARD HEYER, Suhl
EVELYN HIESCHKE, Bln.-Hhsn.
WILLY HILPERT, Bln.-Hhsn.
GÜNTHER KLOSA, Germendorf
ERWIN KLOSE, Strausberg
INGE KLUSEMANN, Bln.-Mitte
WOLFGANG KNAUTH, Rostock
HEINZ KUPFER, Dresden
SIEGRID NAGUSCHEWSKI, Bln.-Hhsn.
GÜNTHER NITKE, Bln.-Marzahn
GÜNTHER POLLACK, Dresden
ROLF PRÖSELER, Aschersleben
FRITZ QUAPP, Sonneberg
PETER RANK, Dresden
JOHANNES RICHTER, Bln.-Fr'felde
OTTO RIPPKE, Gardelegen
GÜNTHER SCHENKE, Stendal
MANFRED SCHIFFLER, Nordhausen
RUTH SCHMIDL, Geraberg
FRANZ SCHNEIDER, Gardelegen
WOLFGANG STOCKMANN, Cottbus
HELMUT TEICHMANN, Bln.-Hhsn.
ELFRIEDE TRAUTENBERGER, Schwerin
MARIANNE WEHR, Chemnitz
HANNELORE WENDT, Bln.-Hhsn.
RUDI WINKELMANN, Wurzen
KARL-HEINZ ZABEL, Delitzsch
CHARLOTTE ZILL, Dresden

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.10.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.11.2005

Einstellung im Internet: 02.12.2005

Auslieferung: 08.12.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr